



Neapolitaner lieben polnische Kennzeichen

Weil die Versicherungsgebühren in Neapel hoch sind, lassen viele ihre Autos in osteuropäischen Ländern zu.

Von Moritz Groß

Ein Moped, auf dem drei Personen sitzen, rauscht hupend an Autos vorbei. Touristen kreuzen verängstigt die Straße, während Einheimische geschickt Parklücken füllen. Stoßstangenkontakt kümmert nur die Wenigsten. Denn Autos sind in Neapel mehr Gebrauchsgegenstand als Statussymbol.

Als solche, und weil sie gerne gestohlen werden, kosten sie den Einwohnern viel Geld. Wer ein Auto oder ein Motorrad anmeldet, zahlt eklatant mehr als in Norditalien. Laut dem Versicherungsportal „Segugio“ kostet derselbe VW Golf in Neapel fast 3000 Euro jährlich, während es am Gardasee nur 1000 sind. Für ein Piaggio-Zweirad zahlt man im Veneto knapp dreimal weniger als im Süden, wo 1500 Euro pro Jahr anstehen. Auch die Kfz-Steuern sind in Neapel höher als in anderen Landesteilen.

Wer konnte, ließ sein Fortbewegungsmittel seit jeher auf

Verwandte im Norden zu. Doch sind dem Einfallsreichtum nur wenige Grenzen gesetzt. Bei einem Spaziergang sticht die auffallende Präsenz polnischer und bulgarischer Kennzeichen ins Auge. Der Grund: In Polen fallen keine Kfz-Steuern an, und auch die Versicherungsgebühren sind niedrig. Für einen Kleinwagen schlagen etwa 300 bis 500 Euro jährlich zu Buche. Ein ganzer Geschäftszweig zweifelhafter „Agenturen“ ist so entstanden.

Antonio Coppola, der beim Automobile Club d'Italia (ACI) für Neapel zuständig ist, sagt gegenüber dem Nachrichtenportal „Fanpage“, dass es sich hierbei um großangelegten Betrug handle. Laut dem Direktor des mit dem ÖAMTC vergleichbaren ACI werden die Fahrzeuge auf Briefkastenfirmen registriert. Dadurch laufen nicht nur Strafen ins Leere, meist besteht auch kein Versicherungsschutz. „Im Falle eines Unfalls besteht keine Garantie auf Entschädigung“, erklärt Coppola.

YouTuber Luca Piantadosi berichtet, wie sein Scooter in einen bulgarischen Lkw geladen wurde. Nach einer Woche hatte er ihn mit neuem Nummernschild wieder zurück. Dafür war er nicht mehr Besitzer, sondern nur noch „Mieter“. Zwar müssen in Italien ausländische Pkw nach drei Monaten umgemeldet werden, doch wird das Gesetz in Neapel kaum umgesetzt. Damit ist die lebenswerte Chaos-Metropole auch in Italien eine Ausnahme. Aus anderen Städten ist die Problematik nicht bekannt. Das könnte auch daran liegen, dass in Neapel die Mafia an vielen Geschäften mitverdient.

In Österreich wäre ein solches Geschäftsmodell kaum umsetzbar: Die Behörden handeln rasch und mit hohen Strafen. Von der Landespolizeidirektion Steiermark heißt es, dass „ausländische Kennzeichen abgenommen“ werden, wenn festgestellt wird, dass der „Lenker seinen Hauptwohnsitz in Österreich hat und das Fahrzeug hier länger als einen Monat verwendet“.

EU-AUSSCHUSS

Kompromiss zur neuen Gentechnik

Mit 47 zu 31 Stimmen einigte sich der Umweltausschuss im EU-Parlament auf eine Position zur Neuen Gentechnik (NGT) in der Pflanzenzüchtung. Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass einige der neuen genomischen Verfahren nicht mehr unter die strengen Regeln für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) fallen sollen. Gentechnik-Skeptiker lehnen den Vorschlag ab, im Agrarsektor fand er Zustimmung. Die Abgeordneten wollen zwei unterschiedliche Kategorien und zwei Regelwerke für NGT-Pflanzen einführen. Außerdem soll eine öffentliche Online-Liste aller NGT-Pflanzen eingerichtet werden. Gefordert wird ein vollständiges Patentverbot für alle NGT-Pflanzen.

SONG CONTEST

Island erwägt ESC-Boykott

Der Konflikt in Gaza bewegt auch die Unterhaltungsindustrie: Island behält sich die Entscheidung vor, ob es heuer im Mai am Eurovision Song Contest (ESC) im schwedischen Malmö teilnimmt oder nicht. Erst nach der nationalen Vorausscheidung am Samstag will sich der isländische Rundfunk (RÚV) gemeinsam mit den Siegern festlegen. Es gebe von Künstlerseite Besorgnis angesichts der Lage in Gaza, die endgültige Entscheidung hänge von der weiteren Entwicklung ab, so ein Sprecher. Den Isländern zufolge wird auch in Norwegen und Finnland überlegt, den ESC wegen der geplanten Teilnahme Israels zu boykottieren. In anderen Ländern gebe es diesbezüglich bisher hingegen kaum entsprechenden Druck.